

Werner Bruns, Markus M. Müller

Die Demokratie freiheitsfest machen – mit einem Bürgersenat

In den vergangenen Jahren haben sich die meisten Parteien neue Grundsatzprogramme verordnet. Nun hat auch die FDP eine Grundsatzkommission eingesetzt. Alle warten gespannt darauf, welche neue Programmatik sich die Liberalen verordnen werden.

Unsere Demokratie befindet sich in einem enormen Belastungszustand. Schon länger sinken Zustimmungswerte zu Politik und Parteien. Die Bürger verstehen die Logik des politischen Geschäfts nicht, etwa warum zuerst Köhler als Bundespräsident zurücktritt und dann Gauck als Nachfolger nicht gewählt wird. Und es gibt angesichts erfolgreicher Referenden in Hamburg und Bayern, oder auch anhaltender Proteste gegen Stuttgart 21, eine öffentliche Debatte darum, wie viel Bürgerbeteiligung und in welcher Form richtig ist für unser Gemeinwesen.

Doch auch die Gesellschaft selbst ändert ihren Charakter als politisch wirkende Gemeinschaft. So schreitet ungeachtet aller Individualisierung der Organisationsgrad der Gesellschaft weiter voran: Täglich entstehen neue Nichtregierungsorganisationen, vom gemeinnützigen Verein bis zum global aktiven und milliardenschweren Lobbynetzwerk. Die Grenzen zwischen Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft verschwimmen. Die Medien, vor allem die neuen Medien, entwickeln einen

unkalkulierbaren und kaum zurechenbaren Einfluss auf Politikentscheidungen. Politische Macht und staatliche Regierung, da sind sich viele Wissenschaftler einig, weisen eine zunehmend schwächere Korrelation auf.

Bürgergesellschaft in der Zange

Die von den Liberalen beschworene Bürgergesellschaft kommt so in die Zange. Einerseits eine sich nicht mehr verständlich machende professionelle Politik, andererseits eine Civil Society, die in bestimmten Fällen als organisierte Gesellschaft dem Individuum bei seinen Freiheitsrechten zu Leibe rücken kann. Man denke nur an den Datenschutz und die Google-Kartierung ganzer Städte. Die organisierte Gesellschaft verändert damit auch die demokratische Teilhabe des Bürgers. Denn die Rolle dieser Organisationen im politischen Prozess überlagert an vielen Stellen die Möglichkeit der Responsivität gegenüber der »Wisdom of the crowds« (James Surowiecki). Weder die Rationalität der parlamentarischen Parteipolitik noch die Rationalität des Verbändestaats spiegeln aber das Denken des Bürgers in seiner Breite wider. Dabei muss es gerade den Anhängern der Bürgergesellschaft um die gesellschaftliche Rückkopplung jenseits organisierter Interessen und Anliegen gehen.

Und so lautet die entscheidende Frage für eine liberale Grundsatzkommission tatsächlich: Wie sieht Freiheit in der entgrenzten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts aus, in der neben Regierungen auch mächtige nicht-staatliche Akteure, vom Lobbyisten bis zum Multinationalen Konzern, die Freiheit des Einzelnen bedrohen können? Die Antwort wird ohne eine grundständige Reflexion über die Mechanismen unserer Demokratie nicht befriedigend ausfallen können. Debatten um liberale Grundwerte, die seit der Französischen Revolution und der Aufklärung mehr oder weniger klar formuliert auf dem Tisch liegen (Werner Maihofer), sind hingegen genauso wenig ertragreich wie die Scheingegensätze von gesellschaftlicher Freiheit und wirtschaftlicher Marktfreiheit.

Liberales Denken beginnt nicht mit der Furcht vor dem allmächtigen Staat, sondern mit der Angst vor gesellschaftlicher Anarchie und Willkür. Das wird oft vergessen. Um den Teufel nicht mit dem Beelzebub auszutreiben, hat der politische Liberalismus früh die Begrenzung der staatlichen Schutzmacht für ein friedliches gesellschaftliches Miteinander eingefordert. Denn die Freiheit aller Menschen, als vernunftbegabte Individuen, ist der höchste Wert liberaler Weltanschauung. Die Begrenzung des Staates ist kein eigenständiges Ziel im liberalen Wertehorizont, sondern Mittel zum Zweck.

Rasante Entwicklung der organisierten Gesellschaft

Der deutsche Liberalismus hat sich an der Verteidigung der individuellen Freiheit gegenüber dem Staat schon länger festgebissen. In Zeiten der Terrorismusbekämpfung ist diese Frontlinie aktueller denn je. Doch etwas Anderes droht darüber aus dem Blick zu ge-

raten: die rasante Entwicklung der organisierten Gesellschaft. Ihr Organisationsgrad nimmt nach Zahl und Qualität täglich zu. Liberale tragen in sich einen Widerspruchsreflex gegen verfestigte Ordnungen, die die Freiheit bedrohen. Um hier gleich einem Missverständnis vorzubeugen: Die organisierte Gesellschaft hat in der deutschen Politik traditionell zu Recht einen guten Ruf, gerade auch bei den Liberalen. Unser Korporatismus, die staatlich veranlasste Teilhabe von organisierten gesellschaftlichen Interessen gehört zum deutschen Regierungsgeschäft wie die Parteiendemokratie und der Föderalismus. Korporatismus zielt auf das Nutzen von nicht-staatlicher Expertise. Und auf die Bildung von Kanälen der Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die für Stabilität und gegenseitiges Vertrauen sorgen. Das hat über Jahrzehnte seit 1949 gut funktioniert, Tarifpartner und gemeinnützige Organisationen haben ihren Beitrag zur Festigung der deutschen Demokratie nach 1945 geleistet. Gleichzeitig sind in 60 Jahren aber auch Pfründe, Gewohnheitsrechte und Ansprüche an den Staat gewachsen, die ein Liberaler permanent hinterfragen sollte.

Die Organisation von Gesellschaft ist nichts weniger als der Versuch, die Komplexität der Realität zu reduzieren. Freilich um den Preis der Zersplitterung von Problemwahrnehmung: Wer komplexe Fragestellungen reduziert, kann naturgemäß nicht mehr das große Bild wahrnehmen (z. B. die Staatsverschuldung, Bildungsinteressen, individuelle Freiheitsrechte usw.). Doch wie kann eine entgrenzte Gesellschaft zukünftig demokratisch regiert werden, wenn die Problemwahrnehmung im Wesentlichen nach der Logik von organisierten Interessen funktioniert? Wie ist im politischen Entscheidungsprozess garantiert,

Die Demokratie freiheitsfest machen ...

dass das große Ganze gewürdigt wird und die Freiheit nicht aus dem Blick gerät?

Demokratie als Freiheitssicherungsverfahren

Heute wird die Freiheit des Einzelnen nicht nur durch den Staat bedroht. Sobald Lobbyisten die Normsetzung des Staates beeinflussen und Verbände wie Unternehmen, gemeinnützig oder gewerblich, von staatlich finanzierten Programmen, Vorschriften oder Marktregulierungen leben, kann das nicht nur die verfassungsmäßige Freiheitsrechte des Einzelnen beeinträchtigen. Es ist auch eine Herausforderung für die »Freiheit unter dem demokratischen Gesetz« (John Locke), mithin also für unsere Demokratie. Demokratie ist im liberal-humanistischen Verständnis der Aufklärung ein Freiheitssicherungsverfahren, keine Institution eines dumpfen Widerstands populistischer Mehrheitsströmungen. Wo demokratische Institutionen staatliche Freiheitsbegrenzung nicht wirksam in Frage stellen und ihr Einhalt gebieten, wo sie den freiheitsbedrohenden Aktivitäten von Akteuren auch der organisierten Gesellschaft nicht entgegenreten, gefährden sie langfristig ihre Funktionsfähigkeit. Demokratie selbst, nicht nur die Gewaltenteilung, muss Freiheit sichern.

Die Repräsentanten unserer Demokratie im Parlament können der oft wenig offensichtlichen Freiheitsbegrenzung durch die gesellschaftlichen Interessen nur begrenzt etwas entgegensetzen. Gleichzeitig schlägt in Zeiten der Terrorismusabwehr und Finanzmarktkrisen die »Stunde der Exekutive«. Rasches Handeln des Staates beiß sich mit parlamentarischer Reflexion. Es stellt sich deshalb die

Aufgabe, unsere Demokratie »freiheitsfest« nicht nur gegenüber dem Staat zu machen, sondern auch gegenüber der organisierten Gesellschaft. Im Konkreten heißt das, wie lässt sich die gesellschaftliche Rückkopplung so erhöhen, dass sie weder die institutionelle Macht der Elemente der organisierten Gesellschaft bloß erhöht, noch kurzatmigen Äußerungen eines drohenden Populismus erliegt?

Bürgerserrat stärkt Demokratie

Die Demokratie könnte mit einem Bürgerserrat gestärkt werden. Mitten im politischen Entscheidungsverfahren sollen darin Bürgerinnen und Bürger, die weder Mandatsträger noch Vertreter der organisierten Gesellschaft sind, ehrenamtlich mitdebattieren und mitentscheiden über Gesetze und öffentliche Mittel. Ihre Auswahl muss dem Zufallsprinzip folgen. Unser Vorbild ist die Mitwirkung von Laien im Gerichtswesen oder bei den großen Kirchen. Wir stellen uns den Bürgerserrat durchaus als Raum »herrschaftsfreier Kommunikation« (Jürgen Habermas) vor. Die Bürgergesellschaft als Gemeinschaft politischer Bürger, deren Denken über Politik losgelöst ist von den Rationalitäten in Parteien und Verbänden, bewegt sich so vom vorpolitischen Raum mitten in den politischen Prozess. Sie hilft dort die liberalen Tugenden, Freiheit und Verantwortung, kämpferische Toleranz und Zivilcourage zu sichern. Gleichzeitig könnte ein Bürgerserrat ein probates Mittel wider die besorgniserregende Politikverdrossenheit in Deutschland darstellen, bevor sie in Demokratieverdrossenheit umschlägt. Im Unterschied zu Instrumenten der direkten Demokratie sichert ein Bürgerserrat echte Teilhabe der Bürgergesellschaft bei hoher Reflexion und gerin-

ger Neigung zu populistischen Kurzschlüssen. Das zeigen Erfahrungen anderer Länder.

*Moderne und innovative
Gesellschaftspolitik*

Der Liberalismus steht wahrlich vor neuen Herausforderungen. Die Gewaltenteilung im Sinne von John Locke und Charles Montesquieu ist keinesfalls das Ende der Demokratietheorie. Heute geht es um die Frage des Erhalts der Wettbewerbsgesellschaft für mehr Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten, um das Schaffen und den Erhalt von individuellen Optionen innerhalb einer globalisierten Welt samt all ihren Verwerfungen und Gefahren. Menschen suchen immer nach Erweiterung ihrer individuellen Freiheit, sie suchen nach neuen Möglichkeiten, neuen Chancen. Liberale müssen die Demokratie weiterentwickeln, sie dürfen sich dabei nicht scheuen, eine mo-

derne und innovative Gesellschaftspolitik zu postulieren. Sie müssen sich im Sinne von Karl R. Popper auf die Suche nach einer besseren und noch demokratischeren Welt begeben. Frei nach Albert Camus: Politisch gestalten ist möglich, wenn man sich Sisyphos dabei als einen glücklichen Menschen vorstellt.

Dr. Werner Bruns,

*Lehrbeauftragter Universität Heidelberg,
Fachbereich Politische Soziologie, Mitglied der
Bundes-FDP-Grundsatzkommission 1994-1997.*

Dr. Markus M. Müller,

*Politikwissenschaftler, Hon.-Professor an
der Zeppelin University, Friedrichshafen,
Mitglied der Landes-FDP-Grundsatzkommission
Baden-Württemberg 2007-2010.*

(97) Liberales Wörterbuch

Verein

Der Verein ist gewissermaßen die erste und ursprüngliche Form, das Grundrecht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit dauerhaft praktisch wirksam werden zu lassen. Insofern war die Gründung von Vereinen im Prozess der Entwicklung des Rechtsstaates ein großes Politikum und nicht ohne Risiko. Vereine spielten im Frühliberalismus eine eminent wichtige Rolle, man denke nur an den »Preß- und Vaterlandsverein« von 1832, der das Hambacher Fest initiierte, oder den »Deutschen Nationalverein« von 1859, der die Gründung des – »kleindeutschen« – Nationalstaats propagandistisch vorbereitete. Ihre politische Bedeutung trat später mit dem Aufkommen von Parteien zurück, welche zunächst auch nur Vereine, nun allerdings mit genuin politischer Ausrichtung waren, was für die meisten Vereine allerdings nicht galt. Dennoch blieb die freie Entfaltung des Vereinswesens in Deutschland bis ins 20. Jahrhundert umkämpft; erst mit dem Grundgesetz wurde sie endgültig etabliert. Obwohl das Vereinswesen in der Gegenwart wohl eher ein altmodisch-spießiges Ansehen hat (»Vereinsmeierei«), bildet es doch vom Prinzip her ein zentrales Element der liberalen Bürgergesellschaft, weil sich hier Bürger freiwillig zusammenschließen resp. »vereinen«, um ohne staatliche Intervention Zwecke zu verfolgen oder Probleme zu lösen mit einem Engagement, das sehr häufig altruistischen Charakter hat. Insofern ist der Verein eigentlich der klassische Treffpunkt des selbst- und verantwortungsbewussten Bürgers.

J.F.